

Lorey, Isabell: *Die Regierung der Prekären*. Wien/Berlin: Turia + Kant 2012. 155 Seiten [ISBN 978-3-85132-669-7].

Rezensiert von Nabila Abbas (RWTH Aachen/Paris 8)

Prekäre Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse sind nicht mehr nur an der Peripherie neoliberaler Industrienationen vorherrschend, sondern haben längst in ebendiese Einzug erhalten. In Deutschland sowie in Europa stellen sie keine randständigen Phänomene dar, sondern sind zur Norm geworden – so die provokante einleitende Feststellung von Isabell Lorey in ihrer Monographie *Die Regierung der Prekären*, die mit einem Vorwort von Judith Butler versehen ist.

Neben einer detaillierten begrifflichen Auseinandersetzung mit dem Begriff Prekarität diskutiert Lorey in erster Linie die Leitfrage „wie wir gerade durch Prekarisierung regiert werden und uns regierbar halten“ (14). Sie plädiert dafür, Prekarität nicht ausschließlich als Bedrohung zu begreifen. Stattdessen gilt es die subjektiven, von Prekarität gekennzeichneten Erfahrungen als Ausgangspunkt für neue politische Kämpfe zu nehmen, in denen neue Formen der politischen Organisation, Kollektivierung und Interessensvertretung (im weitesten Sinne) erprobt werden. Neue Formen politischen Kampfes sind demnach erforderlich, um den von der Prekarisierung hervorgebrachten neuen Formen der Individualisierung und der Vereinzelung entgegenzutreten.

Dabei kritisiert Lorey einen bestimmten sozialwissenschaftlichen Diskurs, wie er etwa von Robert Castel oder Pierre Bourdieu geführt wird, der die prekarisierten Subjekte in eine Unmündigkeit versetzt, in welcher sie darauf angewiesen sind, auf kollektive (staatliche) Sicherungen zu hoffen, die aber gleichzeitig immer weiter abgebaut werden. Demnach verstärkt die passive Rolle der Prekarisierten in dieser Sichtweise, die vordergründig staatliche soziale Sicherheitsmechanismen wiederherstellen will, ungleiche Abhängigkeits- und Machtbeziehungen und reproduziert so moderne Herrschaftslogiken. Dieser auf staatliche Sicherheitsmechanismen konzentrierte Diskurs – auch Sicherheitsdiskurs genannt – verläuft stets in der Dichotomie zwischen einer zu etablierenden sozialen Sicherheit und einer Bedrohung, hier der Prekarität, die reguliert werden muss. Dieselben „Sicherheitsinstrumente“, die zur Regulierung der Prekarität genutzt werden, können gleichermaßen zur Regulierung der Regierten verwendet werden, so Lorey. In diesem Sinne dienen sie weniger der Einschränkung eines sozio-ökonomischen Problems als vielmehr der Re-Etablierung von Herrschaftslogiken und -verhältnissen. Die Festigung

von Herrschaftsverhältnissen erfolgt in diesem Verhältnis über den Topos der (ökonomischen) Sicherheit und zerstört derart die Erfahrungsräume und Möglichkeiten für emanzipatorische Veränderungen. Castels und Bourdieus Kritik an prekären Arbeitsverhältnissen ist ferner auf der Kontrastfolie der Lohnarbeit formuliert. Sie lassen dabei außer Acht, dass von den staatlichen Schutzmechanismen während des Fordismus ohnehin hauptsächlich „weiße Arbeitnehmer“ im globalen Nord-Westen mit der jeweiligen Staatsangehörigkeit profitierten. MigrantInnen, Frauen, die Reproduktionsarbeit leisten, und ArbeitnehmerInnen auf der restlichen Welt arbeiten seit jeher unter prekären Arbeitsbedingungen.

Im Kontrast dazu fragt Lorey nach dem politischen Potential von Prekarität, welches prekarierten Subjekten dazu verhilft, selbstständig aus dem Ohnmachtsszenario auszubrechen und sich kollektiv zu widersetzen. Dieses Widerstandspotential, die Möglichkeit des Entzugs, beschreibt Lorey mit dem Foucaultschen Begriff der (Selbst-)Regierung. Der Begriff ist von einer ambivalenten Bewegung „zwischen Fremd- und Selbstregierung“ geprägt, das heißt „zwischen servilem Regierbar-Machen und den Zurückweisungen, die darauf abzielen, nicht mehr dermaßen regiert zu werden“ (17). Prekarität ist demzufolge zu einer Form der Regulierung, der Regierung und Selbstregierung geworden, so Loreys Hauptthese, die im späteren Verlauf des Textes diskutiert wird.

Einer der Stärken dieser Monographie liegt zweifelsohne in der differenzierten Analyse und Diskussion der Prekarität als Terminus und als Diskurs. Was impliziert nun der Begriff Prekarität? Lorey unterscheidet drei Dimensionen: Prekärsein, Prekarität und gouvernementale Prekarisierung.

In Anlehnung an Butlers Analyse in *Frames of War* (2004) beschreibt Lorey Prekärsein (*precariousness* bei Butler) als eine menschliche Bedingung von Körpern und Leben – eine kollektiv geteilte Gefährdetheit von sterblich-sozialen Körpern, die ihr Prekärsein gemein haben. Lorey weist darauf hin, dass nicht das Leben selbst, sondern die existentiellen Bedingungen des Lebens von Prekarität durchzogen sind. Eine Bedingung, die im doppelten Sinne von einer Teilung charakterisiert ist: Zum einen teilen alle Menschen miteinander das Prekärsein als gleiche Bedingung. Zum anderen unterscheidet gerade die unterschiedliche Anerkennung des Prekärseins der Einzelnen die Menschen voneinander: Wer wird als ein zu beschützendes Wesen anerkannt, und wer nicht? Anders als etwa Thomas Hobbes, der in der Verletzlichkeit der Körper und in der Fähigkeit, sich gegenseitig zu töten, eine existentielle Gleichheit der Menschen erkennt, betont Lorey die relationale Differenz des Prekärseins

als eine problematische Konstituierung von Körpern: „Als Geteiltes, das zugleich scheidend und verbindend ist, bezeichnet Prekärsein eine relationale Differenz, eine geteilte Verschiedenheit. Das Verbindende ist nichts Gemeinsames, auf das zurückgegriffen werden könnte; es ist vielmehr etwas, das im politischen und sozialen Handeln erst hergestellt wird.“ (34)

Diese relationale Differenz des Prekärseins besteht demnach immer in Verbindung mit der hierarchisierenden Prekarität, der zweiten Dimension des Begriffs. Prekarität ist hier als Ordnungskategorie, das bedeutet als Resultat einer diskriminierenden Differenzierung zu verstehen. Aus einem Hobbesschen Verständnis des Prekären leitet Lorey ihr Verständnis hierarchisierender Prekarität ab: Das existentielle Prekärsein wirkt sich als Angst vor dem bedrohenden Anderen aus, von dem es sich zu schützen gilt – dieser (unendlich erstrebte, aber letztendlich unmögliche) Schutz kann von der einfachen Abwehr bis zur Vernichtung alles implizieren. In diesem Verständnis wird also das eigentlich allen gemeinsame Prekärsein nun kategorisiert, bewertet und letztlich sozial hierarchisiert. Diese Klassifizierung des Prekärseins manifestiert sich in Ungleichverhältnissen, die durch Prozesse des *Othering*, das heißt der bewertenden (mitunter diskriminierenden) Differenzierung, Prekarität hervorbringen. Diese zweite Dimension impliziert ein Herrschaftsverständnis, das dadurch charakterisiert ist, dass manche sich vor dem existentiellen Prekärsein schützen können, dieser Schutz jedoch nicht allen gleichermaßen gewährt wird. Diejenigen, die anders und weniger schützenswert gelten, sind eher von Prekarität betroffen. In dieser Hinsicht resultieren aus dem Begriff Prekarität keinerlei neue Subjektivierungsweisen oder Handlungsspielräume. An dieser Stelle wird deutlich, dass Lorey die begriffliche Diskussion des Prekären nicht nur aus wissenschaftlicher Genauigkeit heraus führt, sondern vor allem an den Effekten von Herrschaftsdiskursen interessiert ist. Prekarität ist in diesem Sinne eine gesellschaftliche Zu- oder Festschreibung, die keinerlei Ausbrechen aus den prekären Verhältnissen vorsieht. Vielmehr „verwaltet“ es lediglich die betroffenen, hierarchisierten Subjekte in dieser Ordnungskategorie und marginalisiert sie auf diese Weise.

Hier weist Loreys Analyse starke Analogien zu Jacques Rancières Kritik an den Debatten um soziale Ungleichheit auf. Rancière kritisiert, dass diese Diskurse die Subjekte in ihrer ohnmächtigen gesellschaftlichen Positionierung festlegen, anstatt sie zur Emanzipation anzuregen. Vergleichbar ist diese Kritik auch mit dem Herangehensweise Oliver Marcharts, der den Begriff der Prekarität ablehnt und stattdessen von Prekarisierung und Prekarisierungsgesellschaft spricht.

Seit 2006, mit der Publikation einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung („Prekäre Arbeit“), wird der Begriff der Prekarität im deutschsprachigen Diskurs verstärkt dazu verwendet, um eine sogenannte „neue Unterschicht“ zu bezeichnen, deren Arbeitsverhältnisse von Ein-Euro-Jobs, Mini-Jobs, Niedriglöhnen und Zeitarbeit gekennzeichnet ist. Diese Gesellschaftsschicht, die auf keinerlei Planungssicherheit zurückgreifen kann und jegliches Streben nach sozialem Erfolg oder gar Aufstieg aufgegeben hat, beziffert die Studie mit 8 % der Gesellschaft. Das lässt den (irrtümlichen) Eindruck entstehen, es handle sich lediglich um einen kleinen, peripheren Teil der Gesellschaft, der von prekarierten Lebens- und Arbeitsverhältnissen betroffen ist. Laut Marchart leben wir jedoch in einer Prekarisierungsgesellschaft, in welcher Prekarisierungsprozesse nahezu alle Beschäftigungsverhältnisse umfassen. Von künstlerischen Berufen über die Wissenschaft bis hin zu sämtlichen privatwirtschaftlichen Bereichen – das Normarbeitsverhältnis in Vollzeitarbeit mit geregelten Arbeitszeiten und unbefristeten Arbeitsverträgen, die sowohl eine geregelte Vergütung als auch Sozialversicherungen und Rentenabgaben decken, sei heutzutage eher die Ausnahme als die Regel. Zwar unterscheiden sich die Prekarisierungsprozesse in den jeweiligen Berufsgruppen in ihrer Intensität und ihrem Ausmaß, sie bleiben aber dennoch von Prekarisierungen durchzogen. Die Rede von Prekarität als soziale Kategorie (also vom „Prekariat“) in einem bestimmten sozialdemokratischen Diskurs diene demnach lediglich dazu, ein gesamtgesellschaftliches Problem zu marginalisieren, um keine Maßnahmen, wie beispielsweise das bedingungslose Grundeinkommen, lancieren zu müssen, welche die Gesellschaft als Ganzes angehen. Stattdessen werden begrenzte, almosenähnliche Mechanismen in Gang gebracht. Auf diese Weise verstärkt dieser Diskurs sowohl die Wahrnehmung als auch die Positionierung „der Prekären“ als ein die restliche Gesellschaft bedrohendes Problem – ein „Entkommen“ und eine politische Ermächtigung hieraus erscheint in dieser Perspektive quasi unmöglich.

Die dritte Dimension der Prekarität nach Lorey umfasst die gouvernementale Prekarisierung, für deren Erläuterung Lorey erneut auf Foucault zurückgreift. Gouvernementalität bezieht sich auf die „strukturelle Verstrickung zwischen der Regierung eines Staates und den Techniken der Selbstregierung“ (39). In diesem Verständnis wirkt Macht im Allgemeinen und Regieren im Spezifischen nicht nur durch pure Repression und dumpfe Brutalität, sondern vor allem durch Verinnerlichung von Machtverhältnissen auf der einen Seite und Einfluss auf das Handeln anderer auf der anderen Seite. Das sich in Machtbeziehungen befindende Subjekt verinnerlicht selbst das Verhalten, das

von ihm erwartet wird. Jedoch soll hiermit keinesfalls der Eindruck eines passiven Subjektes vermittelt werden. Im Gegenteil, das Subjekt trägt durch die Subjektivierung von Machtverhältnissen beständig an der Reproduktion von Bedingungen der Gouvernamentalität bei. Subjekte, die handeln, sich selbst führen und regieren – wie es Lorey in Foucaultschem Vokabular bezeichnet –, tragen derart zur besseren Regierung über sie bei: Sie machen sich selbst politisch, sozial und ökonomisch lenkbar. Das bedeutet jedoch nicht, dass sich Selbstregierung auf (Selbst-)Unterwerfung reduzieren lasse. Vielmehr schwankt Selbstregierung in der „Ambivalenz zwischen Unterwerfung und Ermächtigung“ (53), aus welcher sich folglich ebenso Widerständigkeit denken lässt.

Aus liberaler Gouvernamentalität in der westlichen Moderne resultieren verschiedene Prekaritätsformen als Ungleichheit. Darunter fällt zum einen unentgeltliche, weibliche Reproduktionsarbeit im privaten Raum und zum anderen die Prekarisierung durch *Othering* all derjenigen, die nicht der männlichen, weißen, heterosexuellen, bürgerlichen Norm entsprechen, sprich als anormal, fremd oder arm gelten, sowie krasse Ausbeutungen in den Kolonien. War unter dem liberalen Paradigma Prekarität noch an der gesellschaftlichen Peripherie ausgelagert, so wird sie im Neoliberalismus normalisiert und erhält Einzug in die Mitte der Gesellschaft. Mehr noch: sie wird zum politisch-ökonomischen Regierungsinstrument.

Um gemäß ihrer Intention aus Prekarität eine politische Potenz ableiten zu können, verbindet Lorey Prekarität mit politischer Freiheit und kommt so zu dem Schluss, dass Prekarität ein filigranes Umgehen mit dem Ungewissen, dem Risiko und der Kontingenz erfordert. Gerade das stellt auch die Bedingung für politisches Handeln dar. Das Leben mit Prekarität, mit unvorhersehbaren und sich stets verändernden Bedingungen, korrespondiert mit Hannah Arendts Vorstellung von politischer Freiheit als ein virtuoseres Miteinander-Handeln. Diese Form von Freiheit ist keine, welche auf die Souveränität und Autonomie des Einzelnen in Abgrenzung zur restlichen Gesellschaft abzielt, sondern ist immer als ein gemeinsamer Versuch, miteinander zu handeln, zu verstehen. Dieses Handeln impliziert notwendigerweise Neuanfänge, die stets Handeln in eine ungewisse, kontingente Zukunft bedeuten. Mit Butler kommt Lorey zu dem Fazit, Prekarität nicht als Bedrohung zu konzipieren und in hierarchisierender Differenzierung zu kategorisieren. Vielmehr gilt es das Prekärsein als existentielle Kondition *Aller* anzuerkennen und aus dieser kollektiven Verwundbarkeit einen gemeinsamen Anfang für politisches Handeln zu formulieren. Lorey veranschaulicht dies an den spanischen *Precarias a*

la deriva, feministischen Aktivistinnen (die sich vor allem mit Sorgetätigkeiten von Pflege- und Betreuungstätigkeiten über Callcenter-Arbeit bis hin zu Sexarbeit beschäftigen), die Prekarität als affirmativen Ausgangspunkt für das Durchbrechen von isolierten, individualisierten Arbeitsverhältnissen angehen. Der Logik der Bedrohung und Sicherheit setzen sie die Logik der Sorge entgegen und werten auf diese Weise Sorgearbeit auf. Sie sprechen sich dafür aus, Gesellschaft nicht mehr als Schutzgemeinschaft zu verstehen, in der sich einzelne Mitglieder voreinander in Sicherheit bringen müssen, sondern formulieren ein Verständnis der Gesellschaft als Sorgegemeinschaft. Das bedeutet jedoch nicht zwangsläufig das Ende von diskriminierenden und ungleichen Macht- und Herrschaftsbeziehungen, sondern bietet lediglich einen Ausgangspunkt, um Gemeinbegriffe zu finden, von denen aus sich die Verweigerung, der Exodus (eine Denkfigur von Paolo Virno) aus bestehenden Verhältnissen und letztendlich die Suche nach neuen Formen der Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse und des Zusammenlebens denken lassen. Abschließend macht Lorey erneut das Argument stark, dass die Erfahrung mit Prekarität eine Voraussetzung für die Entwicklung der Fähigkeit ist, sich bestehenden Weisen, regiert zu werden und sich selbst zu regieren, verweigern zu können und dabei nicht in isolierter Vereinzelung zu verfallen, sondern neue Verhältnisse zu erzeugen. Sie unterstreicht, dass sich sowohl der Widerstand gegenüber diskriminierenden Verhältnissen (Exodus) als auch das Erschaffen neuer Formen von Gemeinschaft im Allgemeinen und von Beschäftigungsbedingungen im Spezifischen (Konstitution) nur in der Verbindung und Kooperation mit Anderen denken lässt.

Loreys kritische Diskussion des Sicherheitsdiskurses, der Prekarität als Bedrohung begreift, die nun auch für die heteronormative, weiß-europäische Mittelschicht gefährlich wird, ist auf sehr plausible und interessante Art und Weise geführt. Sie bringt eine Fülle von überzeugenden Argumenten vor und verbindet im wesentlichen Foucaults, Butlers und Virnos Thesen mit ihren eigenen zu einem originellen und spannend zu lesenden Text, der eher für Studierende in fortgeschrittenem Semester und sowie für ein wissenschaftliches Publikum geschrieben ist. Die zitierten Beispiele wie die *EuroMayDay*-Bewegung, die Pariser *Intermittents du spectacle* (un-kontinuierlich Eingestellte in der Theater-, Tanz-, Musikbranche und bildender Kunst) und die *Precarias a la deriva* verbinden Loreys Argumente mit aktuellen politischen, sozialen und ökonomischen Kämpfen und lassen dadurch erkennen, wie sich politische Theorie einerseits zur Analyse aktueller Widerstände anwenden lässt, aber auch wie sie (zumindest teilweise) zur Unterstützung eben dieser gedacht

werden kann. An dieser Stelle wäre es interessant, mehr über die Praktiken des Widerstandes dieser Bewegungen zu erfahren, die Prekarität jenseits der Bedrohung thematisieren und neue Formen des gemeinsamen Handelns finden.

Leider bleibt die Frage, wie sich Prekarität als politisches Potential für Prekarisierte selbst begreifbar machen lässt, offen. Schließlich leben Prekarisierte in einem Kontext, in welchem der Rekurs auf einen Diskurs, der sie als bedrohendes Problem darstellt, dominant ist. Ferner stellt sich die Frage, welche Bedingungen gegeben sein müssen, damit sich Prekarisierte widersetzen (können). Des Weiteren ist ihre Kritik an Castel zwar berechtigt und mit guten Argumenten geführt, allerdings ist sie etwas überspitzt insofern sie ihm vorwirft, sich lediglich gegen Prekarität auszusprechen, weil sich die integrierte, partizipative Mehrheitsgesellschaft von der prekarisierten Peripherie, sprich den französischen *Banlieues* mit hoher Migrantenzahl und der französischen „weißen“ Unterschicht, bedroht fühlt.

Resümierend ist Loreys *Die Regierung der Prekären* eine lesenswerte Monographie, die nicht nur einen einführenden Einblick in verschiedenste wissenschaftliche Positionierungen in dieser Debatte gibt, sondern darüber hinaus auch einen eigenen, mitunter provokanten Beitrag zu dieser leistet.

Literatur

Butler, Judith. *Frames of War: When is Life Grievable?* New York: Verso, 2009.

Marchart, Oliver. *Die Prekarisierungsgesellschaft. Prekäre Proteste. Politik und Ökonomie im Zeichen der Prekarisierung.* Transcript: Bielefeld, 2013.

Rancière, Jacques. *Le philosophe et ses pauvres.* Paris: Champs Flammarion, 2010.

Virno, Paolo. *Exodus.* Wien/Berlin: Turia+Kant, 2010.